

11.03.2017

## Haushaltschaos aufklären

### **BBB, Grüne und FDP beantragen Akteneinsichtsausschuss zu ungeklärten ÖPNV-Kosten**

Bruchköbel.- Seit Jahren bemühen sich BBB, Bündnis 90 die Grünen und FDP in den städtischen Gremien um eine Aufklärung der unplausibel hohen ÖPNV-Ausgaben der Stadt. Weder nachvollziehbare Zahlen noch brauchbare Erklärungen seien vom Bürgermeister als zuständigen Dezernenten zu erhalten gewesen. Spätestens seit 2013 lägen die jährlichen Ausgaben um 50.000 € bis 100.000 € über dem, was plausibel erklärbar sei, so die Fraktionsvorsitzenden Alexander Rabold, Uwe Ringel und Sylvia Braun. Der 2009 zwischen der Stadt Bruchköbel und der KreisVerkehrsgesellschaft geschlossene Vertrag beinhalte eine Zahlungspflicht der Stadt von jährlich 875.000 €. Preisanpassungen seien nach dem Vertrag, wenn überhaupt, nur unter sehr strikten Voraussetzungen möglich. Sie seien wohl überhaupt nicht erfolgt und hätten jedenfalls höchstens etwa 8000 € im Jahr betragen können. Das heillose Durcheinander in der Verwaltung des Bürgermeisters sei im Jahre 2014 aufgefallen, als die Stadtverordnetenversammlung eine überplanmäßige Ausgabe von knapp 83.000 € abgelehnt habe, zu der dann die Kommunalaufsicht festgestellt habe, dass diese rechtlich als überplanmäßige Ausgabe überhaupt nicht in Betracht gekommen sei und auch fraglich sei, ob eine haushaltmäßige Deckung überhaupt erreicht werden könne, da die vom Magistrat vorgesehene Deckung gegen das Haushaltsrecht verstieß. Was hieraus geworden sei, sei der Stadtverordnetenversammlung auch nie berichtet worden und daher aufzuklären. Die Haushaltsberatungen für 2017 hätten nun deutlich gezeigt, dass in der Verwaltung des Bürgermeisters jeglicher Überblick über die ÖPNV-Kosten verloren gegangen sei. Dieser habe für den ÖPNV plötzlich 500.000 € mehr als im Vorjahr haben wollen. Die Fraktionen von Grünen und FDP hätten sodann in den Haushaltsberatungen beantragt, aus den bekannten Gründen diese Erhöhung von einer halben Million Mehrausgaben wieder herauszustreichen, woraufhin der Bürgermeister diesen Betrag dann einfach wieder um 420.000 € verringert habe und auch auf Nachfragen im Ausschuss dafür keine Erklärung habe geben können. Da die Stadtverordnetenversammlung nach der hessischen Gemeinde Ordnung verpflichtet sei, die gesamte Verwaltung zu überwachen, müsse dies nun für die ÖPNV-Kosten durch eine

gründliche Aufklärung in einem Akteneinsichtsausschuss geschehen. Die Fraktionen von BBB, Grünen und FDP erwarteten, dass die Koalition aus CDU und SPD die Arbeit im Ausschuss nicht behindere und als Zeichen des Aufklärungswillens auch den Ausschussvorsitz der Opposition überlasse.